



Bergleute erhalten weder Pensionen noch Entschädigung nach Unfällen. Das will Elton Debreshi ändern, der selbst unter Tag arbeitet, und hat darum als Parteilooser bei der Parlamentswahl kandidiert.

ALBANIEN

Reich unter, arm über der Erde

Die Minenarbeiter von Bulqizë schürfen seit Generationen Chrom und leben dennoch in Armut. Einer von ihnen wollte ins Parlament einziehen – und ist gescheitert. Eine Begegnung mit Elton Debreshi.

VON FRANZISKA TSCHINDERLE (TEXT) UND ILIR TSOUKO (FOTOS)

Zwischen Edi Rama und Elton Debreshi liegen Welten. Rama, seit 2013 Albaniens Ministerpräsident, hat in den neunziger Jahren als Künstler in Paris gelebt. Debreshi hat die Schule abgebrochen und in einer Mine gearbeitet – dann wurde er arbeitslos. Bei den Parlamentswahlen am 25. April waren sich diese ungleichen Männer für kurze Zeit sehr nahe.

Edi Rama, Sozialistische Partei, kandidierte auf Liste 12. Elton Debreshi, partellos, kandidierte auf Liste 13. Rama: 768 250 Stimmen (48 Prozent). Debreshi: 590 Stimmen (0,04 Prozent). Debreshi, 32 Jahre alt, hat für dieses Kräfteverhältnis eine Metapher gefunden. Er sei eine Stechmücke, und die etablierten Parteien seien Elefanten. Schwächen könne man sie nur langfristig: mit vielen kleinen Stichen. Seine Kandidatur bei den Wahlen war der erste Stich.

Bis Dezember 2019 hat Elton Debreshi in Albaniens grösster Mine gearbeitet. Er wurde entlassen, weil er eine Gewerkschaft gegründet und Proteste organisiert hatte. Dann setzte er sich ein neues Ziel: als Bergmann ins Parlament einzuziehen. Der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hat ihn unterstützt, die deutsche Partei Die Linke und auch GewerkschafterInnen aus der Schweiz. Am Ende nützte all das wenig: Debreshi fehlten mehr als 15 000 Stimmen.

Hier könnte seine Geschichte enden, und sie könnte vom Scheitern erzählen. Es sei denn, man sieht das grosse Ganze: In Albanien haben seit dreissig Jahren dieselben Parteien das Sagen. Sie nominieren in der Regel keine ArbeiterInnen als SpitzenkandidatInnen, sondern einflussreiche UnternehmerInnen, die nicht mit einem Programm antreten, sondern Klientelwirtschaft betreiben. Stimmenkauf existiert bis heute, unabhängige Gewerkschaften hingegen gibt es nicht.

Die WOZ hat Debreshi im Wahlkampf begleitet und Menschen gefragt, warum sie ihn unterstützen. Viele sind enttäuscht vom Ergebnis, andere glauben, dass seine Kandidatur nicht umsonst war. Sie habe einen vergessenen Ort ins Rampenlicht gerückt: Bulqizë, die grösste Minenstadt Albaniens.

300 tote Bergarbeiter

Eine einzige, schnurgerade Strasse führt ins Zentrum, wo eine Schule und eine Handvoll Bars stehen, ausserdem graue und braune Ziegelsteinbauten. Über Bulqizë türmt sich das schwarze Chrom bis hoch ins verschneite Gebirge. Darunter: ein Labyrinth aus Stollen, die sich kilometerweit in die Erde bohren, wie eine Pflanze, die ihre Wurzeln nach Wasser ausstreckt. Vor jedem Stolleneingang brennt eine Lampe, und in der Nacht, wenn sich die Dunkelheit über Bulqizë legt, beginnt der ganze Hang zu glimmen. Wie ein Schwarm Glühwürmchen.

Tagsüber trifft man Männer, die in ebenerdigen Baracken ihre nasse Arbeitskleidung abstreifen und sich an kleinen Eisentöpfen wärmen. Lastwagen rumpeln auf einer nicht asphaltierten Strasse den Hügel hinauf und mit voller Ladefläche wieder hinunter. Im Winter, wenn Schnee fällt, kommt der Bus nicht mehr durch, und die Arbeiter müssen zu Fuss gehen.

Tufik, 36 Jahre alt, macht gerade Schichtwechsel. Er stammt aus demselben Dorf wie Elton Debreshi und kennt ihn seit seiner Kindheit. Nach einem Arbeitsunfall in der Mine ist Tufik knapp dem Tod entronnen: «Sechs Monate konnte ich mich nicht bewegen», sagt er, «und einen Monat und vier Tage lag ich im Koma.» Es hat drei Jahre gedauert, bis er wieder arbeitsfähig war. «Eine Entschädigung habe ich nie erhalten.»

Elton Debreshi kämpft für einen Status, der Minenarbeitern Pensionen, aber auch Entschädigungen bei Unfällen zusichert. In seinem Programm fordert er ausserdem eine Minensteuer, die Geld in die Kassen der Stadt spülen soll. Damit will er ein Dilemma aufbrechen, das Ökonomen «Ressourcenfluch» nennen. Debreshi hat nie studiert, bringt das Prinzip aber für alle verständlich auf den Punkt: «Bulqizë ist reich unter der Erde und arm oberhalb.»

Albanien ist reich an Erdöl, Kupfer und Chrom, zählt aber dennoch zu den ärmsten Ländern Europas. Die Balkanrepublik mit 2,8 Millionen EinwohnerInnen wird seit acht Jahren von einer sozialistischen Partei regiert. Im Ausland präsentiert sich ihr Vorsitzender, Edi Rama, als Sozialdemokrat. In Wahrheit lockt er ausländische InvestorInnen mit dem Versprechen an, dass es in Albanien keine starken Gewerkschaften gebe. Das Durchschnittseinkommen liegt bei rund 400 Euro im Monat.

In Bulqizë gilt die Regel: maximale Ausbeutung und minimale Rechte für Arbeiter. Politiker und Polizisten sollen in das Geschäft mit den Schürfkonzessionen verstrickt sein. Rund 110 zum Teil mafios organisierte Kleinunternehmen sind derzeit zugelassen. Manche von ihnen deponieren Aushubreste am Rand der Stadt, wo man auf Menschen trifft, die für ein paar Euro am Tag Chromklumpen aussortieren.

Osman Osmani aus Schaffhausen, SP-Mitglied und der erste Kantonsrat albanischer Abstammung in der Schweiz, kennt die Lage in Bulqizë. Vor seiner Pensionierung war der heute 64-Jährige bei der Gewerkschaft Unia zehn Jahre für die Region Südosteuropa zuständig. Im Vorfeld der Wahl hat er sich an einer Solidaritätsbotschaft des Solifonds beteiligt, einer Stiftung, die unter anderem vom Schweizer Gewerkschaftsbund getragen wird. Darin heisst es: «Es darf nicht sein, dass in einer Region, die so reich an Chrom ist, Menschen in Armut leben.»



Bulqizë liegt in einer der ärmsten Regionen des Landes. Vom Reichtum, den die Männer seit Jahrzehnten aus dem Berg holen, bleibt kaum etwas in der Stadt.

Im Gespräch mit der WOZ verweist Osmani auf fehlende Kranken- und Sozialversicherungen und die hohe Rate an Todesfällen in Bulqizë. «In den letzten zehn Jahren kamen in Albanien 300 Bergbauarbeiter ums Leben», sagt er. In keinem Wirtschaftssektor ist die Todesrate höher.

Der unsichtbare Milliardär

Davon erzählt Debreshi, während er von Dorf zu Dorf tourt. Montag, 19. April, in Maqellaré, einer Kleinstadt an der Grenze zu Nordmazedonien, regnet es. Die umliegende Bergregion heisst Dibër und gehört zu den ärmsten und am stärksten von Abwanderung betroffenen Gegenden in Albanien. Viel gibt es hier nicht zu sehen: weiss getünchte Ziegelsteinhäuser mit Apfelbäumen im Garten, einen Kreisel, eine Moschee mit schlankem Minarett, Gemüseläden. Und eine in hellem Lila gestrichene Bar. An der Wand hängt ein «Nicht rauchen»- Schild, aber niemand hält sich daran, auch nicht an die Maskenpflicht.

Das Wahlkampfteam reicht eine Schachtel mit Mund-Nasen-Schutz herum, manche greifen zu. Wenige Tage zuvor wurde Debreshi zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er bei einer Versammlung die Coronamassnahmen nicht eingehalten hatte. Er vermutet darin den Versuch, ihn finanziell abzuschrecken. Andere Politiker sieht man im Fernsehen Hände schütteln und ein Bad in Menschenmengen nehmen. Sie kassieren keine Strafen.

«Das Wahlkämpfen fällt ihnen leicht, weil sie Geld haben», sagt Ladi, einer der Männer, die heute in die Bar gekommen sind. Er hat, wie Elton Debreshi auch, als Gastarbeiter in Griechenland gearbeitet. Um auf Kreta Steinmauern zu bauen, hat Elton sogar die Schule abgebrochen.

Damals war er sechzehn Jahre alt. Heute hat Elton vier kleine Kinder, einen schwarzen Bart und schütteres Haupthaar. Er steht von seinem Stuhl auf. «Wie viele Menschen haben ihre Familienmitglieder verloren?», fragt er. «Und warum spricht niemand darüber?» Er lässt den Blick von Tisch zu Tisch schweifen: «Zehn Jahre

habe ich in den Stollen gearbeitet, und kein einziges Mal habe ich meinen Boss gesehen!»

Debreshis ehemaliger Chef heisst Samir Mane, mit einem geschätzten Vermögen von 1,2 Milliarden Euro der reichste Mann in Albanien. Seine Balfin Group investiert in Luxusresorts, Banken, Einkaufszentren und Lebensmittelketten im ganzen Land und überall auf dem Balkan. 2013 begann Manes Unternehmen Alb

Albanien hat gewählt

In dem Land mit rund 2,8 Millionen EinwohnerInnen fanden am 25. April Parlamentswahlen statt. Mit rund 48 Prozent der Stimmen sicherte sich der amtierende Ministerpräsident Edi Rama von der Sozialistischen Partei eine dritte Amtszeit. Seit dem Ende der stalinistischen Diktatur 1991 ist das keinem Politiker gelungen. Auf Platz zwei kam mit rund 39 Prozent eine Allianz aus oppositionellen Parteien. Der Wahlkampf hat einmal mehr gezeigt: Albanien ist ein zutiefst gespaltenes Land. Seit dreissig Jahren stehen sich zwei zerstrittene Parteiblöcke gegenüber: SozialistInnen, Parteifarbe Lila, und DemokratInnen, Parteifarbe Blau. Unabhängige KandidatInnen oder neu gegründete Parteien erhalten jeweils nur wenig Aufmerksamkeiten. Vorwürfe des Stimmenkaufs und der WählerInnenbeeinflussung waren im Vorfeld der Wahl wiederholt Thema. Insbesondere den regierenden SozialistInnen wurde vorgeworfen, Angestellte aus dem aufgeblähten öffentlichen Sektor unter Druck zu setzen.

Chrome, in die Minen von Bulqizë zu investieren. Heute ist es der wichtigste Arbeitgeber in der Stadt und der grösste Chromexporteur des Landes. Auf einer Mauer in Bulqizë, gleich gegenüber der Schule, steht: «Alb Chrome, kur do flasin!» – «Alb Chrome, wann sprechen wir?» Die WOZ hat Alb Chrome schriftlich einige Fragen zukommen lassen, bis Redaktionsschluss aber keine Antwort erhalten. Auf der Website des Unternehmens heisst es: «Wir setzen

uns für die Gesundheit und Sicherheit unserer Mitarbeiter, der Umwelt und der Gemeinden ein, in denen wir tätig sind.»

Wo sind die Frauen?

Heute Nachmittag ist Debreshi nach Maqellaré gekommen, um den versammelten Männern zu erzählen, dass das nicht stimme. «Die Leute haben Angst», sagt er zu ihnen, «aber es ist eine Schande, dass wir Angst vor jenen haben, die uns unterdrücken.» Dann appelliert er an die Zuhörer: «Es ist Zeit, dass wir Dibër wieder stolz machen!»

Schande, Stolz und Ehre: Debreshi macht Wahlkampf mit Schlagworten, die in der patriarchal geprägten Bevölkerung Dibërs bis heute eine Rolle spielen. Im Gespräch mit Menschen wirbt er nicht um Stimmen, sondern um die «besa», einen aus dem jahrhundertalten Gewohnheitsrecht der AlbanerInnen entlehnten Begriff, den man mit «Ehrenwort» übersetzen könnte. Die einzigen zwei Frauen, die heute anwesend sind, kommen nicht aus der Gegend, sondern aus Tirana.

Eine von ihnen steht jetzt von ihrem Stuhl auf, um in einer verrauchten Bar voller Männer eine Rede zu halten, etwas, das hier nicht alle Tage vorkommt. Loreta Koleci ist neunzehn Jahre alt, Studentin und die Tochter eines Minenarbeiters: «Elton hat zwar nicht studiert, aber das Parlament muss auch für normale Menschen wie ihn Platz haben, nicht nur für reiche Oligarchen.»

Koleci ist Teil von Organizata Politikë (OP), einer linken Bewegung, die sich 2011 gründete und 2018 regen Zulauf hatte: Damals gingen in Tirana Tausende StudentInnen auf die Strasse. Am Anfang ging es um Hochschulgebühren, schon bald entlud sich der Frust über die immer gleichen politischen Eliten im Land. Anders als von vielen erhofft, wuchs die Bewegung aber nicht zur Partei, sondern zerfiel in divergierende Gruppen. Der Schweizer Gewerkschafter Osman Osmani bewundert die «linken Idealisten» von OP, sagt aber auch: «Die Studierenden haben damals eine Chance verpasst.»



Kilometerlange Stollen führen tief in den Berg. Früher beuteten hier rund 12 000 Menschen die Chromvorkommen aus.

Andere, die sich enttäuscht abgewandt haben, erzählen, dass die Gruppe am Ende zu exklusiv, zu dogmatisch und zu wenig dialogbereit geworden sei. Anstatt eine breite Bewegung aufzubauen, habe OP seine ganze Kraft in Elton Debreshi gesteckt. War es das wert?

Bora Mema, 28 Jahre alt und Aktivistin bei OP, findet Ja: «In den letzten Monaten wurde mehr über Bulqizë gesprochen als in den vergangenen dreissig Jahren.» Für Debreshis Wahlkampf ist sie von Tirana in die Peripherie gezogen. Dort hat sie immer wieder den Satz gehört: «Du bist viel besser ausgebildet als wir, warum lässt du dich nicht aufstellen?» Mema antwortete dann: «Man braucht keinen herausragenden Lebenslauf, um die Menschen um einen herum zu repräsentieren.» Was sind die Gründe, warum Debreshi so wenig Stimmen bekommen hat? Die polarisierte Parteienlandschaft, glaubt Mema, aber auch Stimmenkauf und Einschüchterung. Sie erzählt von Familien aus Bulqizë, die das Kreuz bei den SozialistInnen machen, weil sie Angst haben, dass ihnen die Sozialhilfe von 1800 Lekë pro Monat entzogen werden könnte. 1800 Lekë sind umgerechnet 16 Schweizer Franken.

Das Wahlkampfbudget von Debreshi war verschwindend klein und deckte nur das Allernotwendigste: Benzin, Bustrickets, Flyer, Sticker und Börök für die AktivistInnen, die ihn unterstützen. Edi Rama spricht in Fussballstadien, Debreshi in verrauchten Bars.

Heute Abend, es ist 18.30 Uhr, hält sein Wagen in Klobqisht, zwei Kilometer von der Grenze zu Nordmazedonien entfernt. Der Ort ist so winzig, dass auf Google Maps nicht einmal die Strassenamen eingezeichnet sind. «Sie haben dieses Dorf vergessen», sagt Elton jetzt. Um ihn herum sitzen Männer mit weisser Farbe auf der Kleidung und erzählen, dass sie ihre schwarzen Hände nicht sauber bekommen, auch nicht mit Seife. «Wie kann es sein, dass das Geld

nicht hierbleibt?», fragt Debreshi und zeigt auf die Strommasten vor der Tür. «Die sind seit Enver Hoxha nicht ausgewechselt worden, und wenn ein Windstoss kommt, gibt es Stromausfall.»

Enver Hoxha, Albaniens Diktator, beherrschte das Land von 1944 bis zu seinem Tod 1985. Bulqizë, einst ein kleines Dorf, war eine von 42 Industriestädten, die sein Regime aus dem Boden stampfte. Damals waren in der Region rund 12 000 Menschen in den Minen beschäftigt, fünfmal so viele wie heute.

Das hat auch damit zu tun, dass Regimegegner nach Bulqizë verbannt wurden, um in der Mine zu schuften. Es waren so viele, dass Hoxha ihnen einen eigenen Stadtteil errichten liess.

Die Einnahmen aus dem Chrombergbau generierten ein Drittel des jährlichen Staatsbudgets und stellten somit eine der Haupteinnahmequellen des Regimes dar. In den achtziger Jahren stieg Albanien zum weltweit drittgrössten Exporteur des Metalls auf, das unter anderem in Legierungen für die Bauindustrie und für Autoteile gebraucht wird.

7000 Likes, kaum Stimmen

Der Erste, der in Bulqizë mit dem Graben begann, war allerdings nicht Hoxha, der Kommunist, sondern Benito Mussolini, der Faschist: In den dreissiger Jahren vergab Albaniens König Lizenzen an italienische Unternehmen. Im Zweiten Weltkrieg wurde Albanien dann von den Nationalsozialisten ausgebeutet. Nachdem Hoxha in den sechziger Jahren mit der Sowjetunion gebrochen hatte, rüstete er mithilfe Chinas die Schwerindustrie hoch.

Heute ist Bulqizë mehr denn je von China abhängig. In Zeiten der Coronapandemie klagen Unternehmer und Logistikmanagerinnen über den Rückgang der Nachfrage und sinkende Preise. In den Bars von Bulqizë wiederum trifft man Arbeiter, die erzählen, dass sie seit Monaten keine Löhne mehr bekommen haben.

Dabei sei das Chrom in Bulqizë aussergewöhnlich, erzählt der albanische Geograf Dhimitër Doka, der mehrmals für Studien in der Region war. «Es gibt nur wenige Orte auf der Welt, wo es so viele und so hochwertige Chromvorkommen gibt», sagt er. Die Frage ist: Wie lange noch? Denn irgendwann habe das Schürfen in Bulqizë ein Ende, so Doka. Was bleiben wird: massive Umweltschäden.

«Schau mal dort, rechts», sagt Elton und zeigt aus dem Fenster des Autos, «früher war der Berg bewaldet, jetzt roden sie die Hänge, um mehr Holz für die Stollen zu haben.» Er ist auf dem Weg in sein Dorf – zu seiner Frau, die zu Hause auf die vier Kinder aufpasst. Das Auto biegt in eine Strasse, die sich den Berg hinaufschlängelt, und hält vor einem zweistöckigen weissen Haus. Vom Balkon der Debreshis blickt man auf die verschneiten Berggipfel, eine Moschee und die roten Ziegelsteindächer der Nachbarschaft. Im Wohnzimmer klettert ein kleines Kind auf Eltons Schoss, während sich seine Frau diskret im Hintergrund hält und seine Mutter von früher erzählt.

Fellanza Debreshi ist 54 Jahre alt und lebt schon ihr ganzes Leben im Dorf. Es sei wunderschön, sagt sie, aber das Klima rau und die Landwirtschaft beschwerlich. «Ohne die Minen würden wir hungern.» Ihr Mann steigt in die Mine, seit er achtzehn Jahre alt ist. «Er kam um Mitternacht nach Hause, erschöpft von der Arbeit und mit nassen Kleidern.» Jetzt hoffen alle auf die Jungen. «Elton war schon immer ein mutiges Kind, aber auch ein Sturkopf», sagt sie und lacht.

Eltons Facebook-Seite zählt über 7000 Likes; 10 700 Menschen haben seine Petition für bessere Arbeitsbedingungen in den Minen unterzeichnet. Am Ende hat nur ein Bruchteil von ihnen das Kreuz neben seinem Namen gemacht. Was sagt er dazu?

«Ich sehe keinen Verlust, sondern einen grossen Sieg für uns», sagte Debreshi vergangene Woche gegenüber «Euronews». «Diese 590 Stimmen, die wir erhalten haben, waren 590 mutige Menschen, die nicht dem Druck politischer Parteien ausgesetzt waren.»

Seit kurzem arbeitet Elton wieder in einer Mine.